Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 7-8

Artikel: Dreissig Jahre danach
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337819

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bestätigen, was heute an Skepsis ohnehin übergenug vorhanden ist. Die menschliche Gesellschaft ist ein offenes und unvollendetes System, und bei den heutigen Bedingungen muß jedes Land eine eigene Lösung finden. Marx sagte: «Wir treten ... nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! ... Die Reform des Bewußtseins besteht nur darin, daß man die Welt ihr Bewußtsein innewerden läßt, daß man sie aus dem Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eigenen Aktionen ihr erklärt ...» Ob die Menschheit zu sich selbst kommt, ob sie die Unterdrückung überwindet und die Entfremdung aufhebt oder doch radikal einschränkt, liegt zwar beim einzelnen; aber der einzelne erreicht seine Absichten nur dann, wenn seine revolutionären Ziele, die berechtigt sind, eine Mehrheit finden.

ROLF REVENTLOW

Dreißig Jahre danach

Ein angesehener deutscher Historiker, Golo Mann, machte kürzlich eine Reise nach Spanien. Er hat dort viel gesehen, nicht etwa nur Baudenkmäler und schöne oder auch desolate – Landschaften. Er traf Menschen in den Vorzimmern von Ministerien, die sich frank und frei unterhielten, sah «viele wohlgeklärte, wohlgenährte und wohlgelaunte» Menschen auf den Madrider Straßen oder Kaffeehäusern und stellte fest, die Parkplatznot sei fast so groß wie in deutschen Großstädten. Daraus zog der deutsche Professor allerlei politische Schlußfolgerungen, deren Zusammenfassung in dem Titel des Berichtes wiedergegeben wurde, den das angesehene deutsche Wochenblatt «Die Zeit» veröffentlichte. Es hieß da: Auch in Franco-Spanien wächst die Freiheit. Natürlich gab es eine Reihe protestierender Zeitschriften und auch eine Erwiderung des in Frankreich lebenden spanischen Schriftstellers Michel del Castillo.

Wie immer bei Besuchen fremder Länder, deren Sitten, Sprache, Gebräuche und politische Verfassung man nur dem äußeren Anschein nach zu beurteilen in der Lage ist, sind die Beobachtungen und mehr noch die Schlußfolgerungen des Historikers Mann recht problematisch. Abgesehen davon, daß es neben der Parkplatznot in der Hauptstadt nur wenige Kilometer vor ihren Toren Tausende von Elendssiedlungen zugewanderter Arbeiter und ihrer Familien gibt, daß man in Águilas, in der Provinz Jaén, Andalusien, und selbst in der Provinz Alicante, gar nicht so weit von den günstigen Kapitalanlagen für Wohlstandsdeutsche und andere Ausländer, noch eine nicht geringe Zahl von Menschen gibt, die seit Generationen in Höhlen, statt in Häusern leben, ist Spanien ein politisches Problem. Es kann und muß, will man richtig sehen und beurteilen, in erster Linie politisch gesehen werden. Mit der

selbstzufriedenen Inhalt- und Systemlosigkeit, mit der man auf dem jüngsten SPD-Parteitag für den heutigen Zustand der Bundesrepublik den nebulosen Begriff der «mündigen» Gesellschaft geprägt hat, kommt man dem Problem Spanien dreißig Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges nicht sehr weit.

Bürgerkriege innerhalb einer Nation hinterlassen tiefe Spuren, politisch, gesellschaftlich und im Bewußtsein eines Volkes. Dafür gibt es mehr als ein Beispiel. Das gilt auch für Spanien, selbst wenn es heute gar nicht einfach ist, die spanischen Menschen dazu zu bringen, über den Bürgerkrieg zu sprechen. Vor allem die jungen Spanier, selbst wenn sie sich nicht innerhalb des Landes durch die politische Polizei gefährdet fühlen, reden ungerne davon. Ihre Gefühle sind oftmals zwiespältig, entweder will man nur im Alltag zurechtkommen und lehnt jede politische Überlegung ab oder aber man meint, die Erbschaft des Bürgerkrieges und die damals eingenommenen Positionen müßten überwunden werden. Es gibt auch neue Ideen, vor allem in den traditionell katholischen Familienbereichen. Und es gibt die überkommenen Ideen des spanischen politischen Lebens, die seit den Cortes von Cádiz von 1812, der ersten Versammlung spanischer Stände am Beginn des Verfalls des Absolutismus, aus der Entwicklung der spanischen Gesellschaft erwuchsen.

Daher ist nach nunmehr dreißig Jahren der Rückblick auf den Bürgerkrieg unerläßlich, wenn man das Spanien von heute zu begreifen versucht. Und das ist ein vielfach umstrittenes Thema. Da erschien 1962 beispielsweise im Kölner Markus-Verlag eine Broschüre über die Zusammensetzung der Kader der kommunistischen Nationalen Volksarmee der deutschen Ostzone. Unter ihnen sind natürlich auch ehemalige Spanienkämpfer. So enthält die Broschüre ein Kapitel über den spanischen Bürgerkrieg, dessen Ausbruch so erklärt wird:

> «Daß Spanien das nächste für die Weltrevolution reife Land sein würde, war die feste Überzeugung der Kommunisten – nachdem die Bolschewisierung Deutschlands in den Jahren 1918–1923 mißlungen war. Im Sommer brach der spanische Bürgerkrieg offen aus . . .»

In Wahrheit gingen die Ursachen des spanischen Bürgerkrieges auf völlig andere Faktoren zurück, als dem kommunistischen Streben nach der Weltrevolution. Die Sozialgeschichte Spaniens hat wenig Raum für die kommunistische Bewegung. In der Arbeiterbewegung, die in diesem industriell bis heute unterentwickelten Lande eigenartigerweise fast so alt ist wie die Arbeiterbewegung in Frankreich, Österreich, Deutschland, der Schweiz oder Großbritanniens, ging es bis in die heißen Julitage des Jahres 1936 um die Auseinandersetzung zwischen Anarchsyndikalisten und Sozialisten. Die Kommunistische Partei war noch bei den stürmischen – aber fairen – Februarwahlen 1936 eine kleine Gruppe neben Sozialisten, Linken Republikanern, der Republikanischen Union, der Katalanischen Linken und den Basken geblieben. Erst im Bürgerkrieg, als der Staatsapparat zerbrach, als die Republik sich nur dort

durchsetzen konnte, wo der spontane Aufstand breiter Volksmassen gegen den Militärputsch vom 18. Juli 1936 siegreich blieb, war die Stunde der Kommunisten gekommen. Die Kaderpartei, die praktisch von Emissären der Kommunistischen Internationale geleitet wurde, die geschickt einen großen Teil der Organisation der Sozialistischen Jugend an sich zog und später, angesichts der Waffenblockade der Westmächte gegen das republikanische Spanien, die Waffenlieferungen der Sowjetunion zur politischen Erpressung zu nutzen wußte, war dann zweifellos im Vorteil. Erst die aufständischen Generäle, die ihren Eid auf die Republik brachen, um den Bürgerkrieg zu entfesseln, gaben den Kommunisten Gelegenheit, sich zu entfalten. Insbesondere die Internationalen Brigaden, die einen Staat im republikanischen Staat bildeten, verfestigten den kommunistischen Einfluß in der neu aufzubauenden republikanischen Armee. Doch es fehlte keineswegs an Gegenkräften. Ein Blick in das 1962 in Moskau erschienene Buch der Dolores Ibarruri, genannt die «Pasionaria»[1], zeigt, wie stark alle nichtkommunistischen Sektoren der republikanischen Zone, in erster Linie die Sozialisten (PSOE), sich gegen das kommunistische Monopolstreben zur Wehr setzten.

Politisch war der Bürgerkrieg gekennzeichnet durch die «Beschwichtigungspolitik» der westlichen Demokratien im Zeitalter faschistischer Vorherrschaft in Europa, der intensiven Beteiligung am Bürgerkrieg durch Nazi-Deutschland und das faschistische Italien, das ganze Divisionen nach Spanien schickte, und die – weit weniger wirksame – sowjetische Waffenhilfe der Sowjetunion für die Republik, gegen Barzahlung wohlgemerkt. In der letzten Phase, als Katalonien schon gefallen war und fast eine halbe Million Menschen auf französisches Gebiet übertraten, gab es in Madrid und bei Valencia sogar noch bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen kommunistisch geführten und anderen Einheiten der republikanischen Streitkräfte.

Im Rückblick war dieser Aufstand der Armeeführer gegen die Republik, durch Jahre wohlvorbereitet, eine antirepublikanische Gegenrevolution, eine Verteidigung der traditionell herrschenden Kasten des alten Spanien, der Armee, der kirchlichen Hierarchie und des aristokratischen Großgrundbesitzes, unterstützt von all jenen Mittelschichten, die stets im Schatten der Mächtigen zu leben gewohnt waren. Es ging darum, die Agrarreform der Republik zu verhindern, die Macht der Arbeitergewerkschaften zu brechen und die antiklerikale, mehr von den Republikanern als von Sozialisten geförderte, Gesetzgebung hinsichtlich der Beziehungen von Staat und Kirche rückgängig zu machen. Auch die Sonderstatute der Landschaften des Baskenlandes und Kataloniens galten als kommunistisches Teufelswerk, obwohl im Baskenland fast der gesamte Volksklerus eben für dieses Sonderstatut eintrat und im Bürgerkrieg in den Reihen der baskischen Milizen zu finden war.

---

[1] El único camino (Der einzige Weg) von Dolores Ibarruri, Moskau 1962.

Der Zusammenbruch der Republik nach fast drei Jahren blutigen Kampfes brachte Spanien den totalitären Staat, das Führerprinzip, das Verbot freier und selbstverwalteter Gerwerkschaftsorganisationen, die totalitäre Staatspartei der «Falange», die während des Krieges von Amts wegen mit den traditionalistischen Karlisten zu einer einzigen Organisation zusammengefügt wurden. Auf den Scheidemünzen Spaniens kann man seither lesen: Francisco Franco, von Gottes Gnaden, Führer von Spanien. Und er ist es auch, seit seine Kollegen Generäle ihn im Oktober 1936 zum Generalissimus und Staatschef kürten. Die Staatsgewalt geht vom Führer aus. Er beruft die Regierung, deren Vorsitz er führt. Er setzt auch die Minister ab und beruft andere, er zeichnet alle Gesetze, die vom Ministerrat beschlossen und mitunter auch von den sogenannten Cortes Españolas, dem Ständeparlament, gutgeheißen werden. Von den faschistischen Bewegungen der zwanziger und dreißiger Jahre in Italien und dann, im Zeichen des Nationalsozialismus, in Deutschland unterscheidet sich das durch den Bürgerkrieg zur Macht gekommene Regime Spaniens durch die Tatsache, daß es den Generälen nie gelang, eine Massenbewegung ins Leben zu rufen. Dennoch ist der Staatsaufbau Spaniens dem faschistischen Vorbild gefolgt. Den italienischen «corporazioni» unseligen Gedenkens entsprechend wurden sogenannte «Vertikale Gewerkschaften» begründet. Sie umfassen Unternehmer und Arbeitnehmer, nach Branchen geordnet und unter unmittelbaren Kontrollen des immer noch mächtigen Apparates der «Bewegung», an deren Spitze ein Generalsekretär im Ministerrang steht. Die «Bewegung» ist ein Ministerium. Natürlich kontrolliert es auch, zusammen mit dem Unterrichtsministerium, die bislang einzig zugelassene – und obligatorische – Studentenorganisation SUE. Da nun aber Gemeinden, Provinzen und der Staat verwaltet werden müssen, war man gezwungen, entsprechende Körperschaften zu schaffen, ohne dem immer wieder verdammten liberalparlamentarischen System der Vielheit von Parteien Konzessionen zu machen. Das sieht dann so aus: In den Gemeinden gibt es, numerisch sehr reduzierte, Gemeinderäte, die in drei Stufen zusammengesetzt werden. Die erste Stufe, oder der erste Sektor, besteht aus gewählten Gemeinderäten. Wahlberechtigt sind nur Familienväter, soweit die politische Polizei kein Veto gegen ihre Aufnahme in die Wählerlisten einlegt. Die Vorschläge kommen natürlich von der «Bewegung», deren Chef in jeder Provinz der jeweilige Zivilgouverneur ist. Die «Vertikalen» bestimmen einen weiteren Drittel, und beide Sektoren zusammen kooptieren den letzten Drittel der Gemeinderäte, die natürlich auch schon zuvor ausgesiebt wurden. Das ergibt dann . . . neun Gemeinderäte. Bürgermeister werden allüberall durch den Gouverneur, in Madrid durch den Innenminister ernannt. Dann gibt es die Provinzdeputationen, die nach dem gleichen System zusammengebaut werden, und schließlich die bereits erwähnten Cortes Españolas, das Parlament, von dem Prof. Golo Mann kürzlich

meldete, es gebe da nun wirklich Beratungen. Vor wenigen Jahren noch gab es keinerlei Beratungen in diesem Parlament, das ein- bis zweimal im Jahr zusammentrat und eine unwahrscheinlich umfangreiche Traktandenliste in unwahrscheinlich kurzer Frist erledigte. Auch dieses Parlament wird auf eine recht komplizierte Weise zusammengesetzt. Es besteht aus verschiedenen Gruppen, und zwar aus:

168 Vertretern der «Vertikalen Gewerkschaften»
15 Vertretern der Hochschulen und der spanischen Akademie der Sprache
50 Vertretern der Provinzialdeputationen
50 von Gemeinderäten benannten Mitgliedern
52 vom Staatschef wegen ihrer Verdienste ernannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Diese 333 Mitglieder des Parlaments nennt man «Bevollmächtigte» nach dem Sprachgebrauch der ersten großen Ständeversammlung von Cádiz während der napoleonischen Kriege. Sie werden nicht alle auf einmal, sondern im Turnus benannt. Für die Berufung des Hauptkontingentes der «Vertikalen» gilt eine besondere Wahlordnung. Zuerst werden 54 leitende, hauptamtliche, Funktionäre der «Vertikalen» vom Arbeitsminister im Benehmen mit dem Minister der Bewegung ernannt. Weitere 82 Bevollmächtigte werden indirekt gewählt, wobei für jeden Berufsstand jeweils ein Unternehmer, ein Techniker und ein Arbeitnehmer zu benennen ist. Zu dieser Wahl werden 5000 Wahlmänner bestimmt. Das schon ist nicht ganz einfach. 145 000 Delegierte der örtlichen «Vertikalen» bestimmten im Rahmen der Provinzen 45 000 Provinzdelegierte und diese schließlich die 5000 Wahlmänner, die nach Madrid fahren dürfen, um die 82 Parlamentsmitglieder zu wählen. Ohne die erwähnte Dreiteilung dürfen die Genossenschaften der Fischer und der Landwirte dann noch 31 Bevollmächtigte in die Cortes Españolas schicken.

Es ist nicht allzu schwer auszumachen, daß dieses «Parlament» niemandem, vor allem nicht dem Regime, aus dem es hervorgeht, gefährlich werden kann. Dennoch hat es im letzten Jahre begonnen, sich etwas parlamentarisch zu benehmen. Man bildete Ausschüsse, beriet viel länger als sonst und änderte dann doch nichts Wesentliches an der Regierungsvorlage. Eine Sensation allerdings bildeten im Vorjahr die kirchlichen Würdenträger, die bei der Beschlußfassung über das neue Vereinsgesetz abwesend waren. Sie waren nicht für das neue Vereinsgesetz. Dem Aufbau der bisherigen Militärgerichtsbarkeit für staatsgefährdende oder illegale Organisationen folgte auf dem Fuß dieses neue Vereinsgesetz, das eine überaus strenge Kontrolle jeder Vereinstätigkeit festlegte. Dafür trat an die Stelle der Militärgerichte mit ihrem sehr summarischen Verfahren und drakonischen Urteilen ein Tribunal der öffentlichen Ordnung, das mehr Rechtsgarantien bietet und wesentlich mildere Strafen für illegale politische Tätigkeit verhängt. Die Regierung möchte sich gerne der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziieren. Und die Militärgerichte schadeten dem Ansehen des spanischen Regimes. So wurde das geändert, 29 Jahre nach dem Beginn des Militäraufstandes, der der Republik ein Ende machte. Da war kürzlich der Kommunist Jorge Gonzáles Aznar, der illegale kommunistische Zeitungen verbreitet hatte. Er wurde zu drei Jahren und 100 000 Peseten Geldstrafe verurteilt. Ein Separatist aus Navarra, J. Gárate Bayo, der eine baskisch-nationalistische Schrift «Iratxe» verteilte, bekam vier Jahre und 10 000 Peseten Geldstrafe. Vor einigen Jahren wären zweifellos Gefängnisstrafen zwischen 15 und 30 Jahren fällig gewesen.

Bedeutet dies nun, daß Spanien sich demokratisiert? Oder soll man aus diesen und anderen Maßnahmen den Schluß ziehen, daß das Regime versucht, sie den Zeitläuften anzupassen, um in der einen oder anderen Form weiterzubestehen? Um hierauf zu antworten, muß man die Veränderungen der Regierungsweise – nicht der Regierungsform – zusammenziehen und im Ergebnis analysieren. Die Militärgerichte wurden außer Betrieb gesetzt. Auch die Vorzensur für die Presse wurde abgeschafft. Allerdings, wer nun nach Ablieferung der zehn Pflichtexemplare bei der Ueberwachungsbehörde in Konflikt mit dieser Instanz des Ministeriums für Information und Fremdenverkehr gerät, der riskiert die Beschlagnahme seiner Zeitung oder auch Berufsverbot. Es empfiehlt sich daher, bei allen möglicherweise strittigen Fragen, vorher diskret anzufragen. Ein bißchen Diskussionsfreiheit soll aber offenbar zugestanden werden. Es galt als Sensation, als ausgerechnet am 14. April, dem Gedenktag der Ausrufung der Republik im Jahre 1931, Miguel Maura einen Artikel in der «Vanguardia Española» in Barcelona veröffentlichte. Maura gehörte einst dem rechten Flügel der bürgerlichen Republikaner an und war, man denke, in der provisorischen republikanischen Regierung Innenminister gewesen. Allerdings, das in Madrid erscheinende, streng monarchische Blatt «ABC» griff ihn darauf heftig an. Nun soll sogar so etwas wie Religionsfreiheit eingeführt werden. Schließlich will das Regime nicht ganz an den Beschlüssen des vatikanischen Konzils vorbeigehen. Man kann auch schon seit einigen Jahren sagen, daß das katholische Lager in Spanien bei weitem nicht mehr so einhellig mit dem Regime verbunden zu sein scheint, denn ehedem, obwohl das Konkordat von 1953 dem Staatschef das letzte Wort bei der Auswahl der Bischöfe gibt, ihn also privilegiert, wie in sonst keinem katholischen Lande. Die verschiedenen Strömungen des Katholizismus, die natürlich nur selten offen zutage treten, kann man einteilen in gewisse Tendenzen linkskatholischer oder, wenn man so will, christdemokratischer politischer Orientierung, die Arbeiterbruderschaften, die in einer gewissen Konkurrenz zu den «Vertikalen» stehen, und schließlich die regionalistischen Strömungen. Nicht nur die baskischen Dorfgeistlichen, die immer mehr baskisch als regimetreu waren, sondern nunmehr auch die katalanische niedere Geistlichkeit wird

neuerdings zum Vertreter des katalanischen Nationalismus. Dieser ist nicht von heute und hat seine eigentlichen Gründe in der wirtschaftlichen und sozialen Strukturverschiedenheit der katalanischen Provinzen. Aber es gibt auch historische und dann sprachliche Gründe. Bemerkenswert war kürzlich die Opposition gegen den neuernannten Bischof-Koadjutor von Barcelona, der Nachfolger des amtierenden Bischofs werden soll und kein Katalane ist. Man kann es sich heute kaum mehr vorstellen, daß die Offiziere der siegreichen Armee der Nationalen in Barcelona 1939 jeden anfuhren, der katalanisch sprach: «Sprechen Sie christlich!» sollte heißen kastilisch. Das ist vorbei. Aber katalanischen Unterricht gibt es nicht, und katalanische Literatur wird nur sehr zögernd wieder zugelassen, Zeitungen natürlich nicht. Zweisprachige Straßentafeln, die es schon vor einem halben Jahrhundert gab, sind undenkbar. Und der rebellische Abt des Klosters Montserrat, Dom Aurelio Escarré, der einer französischen Zeitung erklärt hatte, Spanien habe nicht 25 Jahre Frieden hinter sich, sondern ein Vierteljahrhundert, in dessen Verlauf die Sieger über die Besiegten herrschten, mußte das Land verlassen. So stark ist die Regierung immer noch, um die Kirche zu solchen Maßnahmen zu veranlassen. Vielleicht gibt es auch Kirchenfürsten, die derartigen Wünschen gerne Folge leisten.

Aber es darf nicht übersehen werden, daß hier Gefahren für die Zukunft liegen. Aus dem Streben nach regionaler Selbstverwaltung der Basken und Katalanen können durchaus auch reaktionär-rückschrittliche Kräfte erwachsen, selbst wenn sie derzeit gegen die zentralistische Staatsgewalt auftreten. Die katholischen Flamen, die in Löwen gegen die, gleichfalls katholischen, Wallonen demonstrieren, sind gewiß kein Beispiel demokratischer oder gar geistiger Toleranz.

Mittlerweile wird der Staatschef alt und älter. Man denkt an seine Nachfolge. Man schreibt sogar schon darüber. Der Chefredaktor der Tageszeitung «Pueblo», dem Organ der «Vertikalen», Emilio Romero, hat hierzu «Briefe an das souveräne Volk» [2] veröffentlicht, die – glänzend geschrieben – in verklausulierter Form die Gedanken des Regimes oder seiner leitenden Männer wiedergeben. Kurz resümiert enthalten sie eine Absage an das parlamentarische System, das «zur nationalen Verständigung ungeeignet» sei, eine erneute Kampfansage an den politischen Liberalismus, der «uns zum Bürgerkrieg führte», und die Zielsetzung, daß das kommende der «Nachfolge des gegenwärtigen Regimes» sein müsse. Romero macht ironische Bemerkungen zur Frage der Thronprätendenten, die es in Spanien in größerer Anzahl gibt. Doch eigentlich gibt es nur zwei Personen, um die derzeit, hinter den Kulissen, die Diskussion geht. Der junge Prinz Juan Carlos, der die Prinzessin Sofia von Griechenland geheiratet hatte, wurde von General Franco eindeutig auf

---

[2] Cartas al pueblo soberano, Emilio Romero Afrodisio Aguado S. A. Madrid 1965.

die kommende Übernahme der höchsten – repräsentativen – Staatsgewalt vorbereitet. Doch der junge Prinz ist in der Tradition der Familie von Bourbon-Habsburg-Lothringen aufgewachsen. In einem Brief an seinen Vater Prinz Juan, Graf von Barcelona (der Titel der Thronfolger) hat er klar zu erkennen gegeben, daß er ihn als Chef der Familie ansieht und daher nicht im Wege stehen wird. Und im Hintergrund gibt es noch die Karlisten, die zunehmend der totalitären Beherrschung des Ministeriums der Bewegung entweichen. Ist die Monarchie, seit anderthalb Jahrhunderten in Spanien sukzessive diskreditiert, die Basis des Weiterlebens eines autoritären politischen Systems, dessen Apparat noch intakt ist, dessen Herrschaft aber weder von der Arbeiterschaft noch von den jungen Intellektuellen an den Universitäten anerkannt wird? Das seinerzeit dekretierte Nachfolgegesetz – für das Amt des Staatschefs – läßt alle Möglichkeiten offen. Der – gegenwärtige – Staatschef kann jederzeit den Cortes eine Persönlichkeit als König oder Regent (...) vorschlagen oder auch eine solche Benennung rückgängig machen.

Wichtiger als diese Frage aber ist voraussichtlich die vielfältig schillernde Hierarchie, die sich in der Regierung unter der Leitung des Generals Muñoz Grandes, einst unter Hitler Kommandeur der «Blauen Division» [3], zusammengefunden hat und offensichtlich nicht die Absicht hat, die Kommandohebel der politischen Gewalt freizugeben. Dieser Hierarchie kommt heute zugute, daß die Emigrationsmöglichkeiten der spanischen Arbeiter, die ihre Ersparnisse nach Hause schicken, die industrielle Entwicklung und vor allem der immer mehr anschwellende Touristenstrom zwar noch keineswegs alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen vermögen, aber doch Explosionen verhindern. Und diese Hierarchie weiß auch genau, auf wen sie sich zu stützen hat: auf die Armee. Das hat der wendige Informationsminister Fraga Iberarne vor kurzem recht eindeutig festgestellt. Und Romero verfehlte in seinen Briefen an das vorgeblich souveräne Volk nicht, darauf zu verweisen, daß in der Armee alle Kader vom Major aufwärts alte Kämpfer aus der Zeit des Bürgerkriegs seien. Das trifft übrigens auch für die Minister zu, soweit sie über 40 Jahre alt sind.

Die junge Generation Spaniens allerdings, die Arbeiter im Lande oder als Gastarbeiter in Frankreich, der Schweiz oder Deutschland, die Studenten an den Universitäten, selbst Universitätsprofessoren und auch ganz einfache Menschen, die wieder politisch denken und zu handeln begehren, sie alle erstreben ein anderes Spanien, ein Spanien, das nicht der Nachfolger des Bürgerkriegsspaniens sein soll, sondern ein Spanien der freien Selbstbestimmung des spanischen Volkes, ein Spanien der Demokratie.

---

[3] Blau war und ist die Farbe der Parteihemden der Falange, entspricht also dem Braun der Nazi.